

CSU und SPD wollen Schwarzbau mit der Stimme der AfD legalisieren – Volt und ÖDP zeigen sich entsetzt

- > Der Bamberger Bausenat will mit den Stimmen von CSU, SPD, BBB, BuB und der entscheidenden Stimme der AfD Schwarzbau im Gackensteinweg legalisieren
- > Volt und ÖDP kritisieren das Vorhaben auf Schärfste und zeigen sich verständnislos angesichts der Zusammenarbeit von SPD und CSU mit der AfD

Bamberg, 3. April 2025

Seit Jahren schwelt in Bamberg der Streit um einen Schwarzbau im Gackensteinweg – ein Gartenhaus, das ohne Bauantrag und Baugenehmigung zu einem Wohnhaus erweitert und umgenutzt wurde. Erst vor wenigen Wochen wurde ein nachträglicher Bauantrag gestellt.

Die Stadtverwaltung hatte dem Bausenat am gestrigen Mittwoch vorgeschlagen, den Bauantrag abzulehnen und stattdessen die Beseitigung des Schwarzbaus zu prüfen und durchzusetzen. Doch es kam anders.

In einem leidenschaftlichen Plädoyer sagte der Jurist und CSU-Stadtrat Dr. Heller zu dem Fall: „Wenn das ein Schwarzbau ist, dann beseitigt man ihn dadurch, dass man ihn genehmigt.“ Diese Äußerung ist angesichts der Tatsache, dass bei Schwarzbauten in weniger privilegierten Gegenden Bambergs in der Vergangenheit konsequent durchgegriffen wurde durchaus bemerkenswert. Nach einer kontroversen Diskussion stimmten sodann CSU, SPD (ohne OB Starke), BuB und BBB geschlossen gegen den Verwaltungsvorschlag und damit gegen die Ablehnung des Bauantrags und gegen die Beseitigung des Schwarzbaus. Entscheidendes Zünglein an der Waage war dabei die Stimme des AfD-Stadtrats Köhler, mit deren Hilfe die Befürworter der Legalisierung des Schwarzbaus eine knappe Mehrheit von 9:8 Stimmen erreichten.

Besonders brisant: Heinz Kuntke, Fraktionssprecher der SPD, ging noch einen Schritt weiter und stellte einen Antrag, dem kürzlich gestellten Bauantrag aktiv zuzustimmen. Auch dieser Vorstoß wurde mit der gleichen Mehrheit angenommen – erneut mit der ausschlaggebenden Stimme der AfD. Eine

namentliche Abstimmung die für mehr Transparenz gesorgt hätte, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Sitzung ohne anwesende Pressevertreter stattfand, wurde von der Mehrheit des Gremiums abgelehnt.

Scharfe Kritik von Volt und ÖDP

Volt-Stadtrat Hans-Günter Brünker äußerte zu dem Vorgang sein völliges Unverständnis: *„Die Verwaltung hat schlüssig dargelegt, dass es sich um einen Schwarzbau handelt, der zurückgebaut werden sollte. Dass die Stadtratskolleginnen und -kollegen diesen Bau dennoch legalisieren wollen, ist mir unbegreiflich. Noch erschreckender ist, dass sie sich dabei auf die entscheidende Stimme der AfD verlassen.“*

Auch Lukas Büchner, Stadtrat der ÖDP, zeigt sich empört: *„Hier wurde ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen. Wer in Zukunft illegal baut, kann offenbar darauf hoffen, dass eine politische Mehrheit den Rechtsbruch im Nachhinein legitimiert. Das ist ein fatales Signal für die Stadtplanung und den Rechtsstaat – und dass dies mit Hilfe der AfD geschieht, ist ein Skandal!“*